

Nr. 5.4.1.01

Schreiben Friedrich Sthamer an das Auswärtige Amt: Pariser Finanz-Konferenz (08.01.1925)

Brief

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, PAAA R 34675

Formalia:

Maschinenschriftliches Briefdokument

Regest:

Der Deutsche Botschafter in London, Friedrich Sthamer, fasst die Interessenskonstellationen auf der Pariser Finanzkonferenz im Januar 1925 zusammen, in der die alliierten Gegensätze hinsichtlich der Regelung der finanziellen Nachkriegsfolgen eindeutig zu Tage traten. Davon waren auch die deutschen Interessen stark betroffen, weil von einer Einigung der Alliierten mögliche Zugeständnisse gegenüber Deutschland abhingen. Zugleich gibt der Text einen guten Einblick in das "Innenleben" einer der zahllosen Konferenzen, bei denen die Regelung der Kriegsfolgen und der wirtschaftlichen Nachkriegsordnung verhandelt wurden.

LONDON, den 8. Januar 1925

Inhalt: Pariser Finanzkonferenz

Eine Konferenz, die in vielen hiesigen Kreisen für die seit langer Zeit wichtigste Konferenz gehalten wird, hat gestern in Paris begonnen. Die Finanzminister mit den Sachverständigen aller alliierten Staaten sind anwesend.

Vorgestern Nachmittag ist der englische Schatzkanzler Winston Churchill in Begleitung seines parlamentarischen Sekretärs Guinness und des höchsten Beamten der Treasury, Sir Otto Niemeyer, nach Paris abgereist. Es haben nach Pressemeldungen zunächst informelle Unterhaltungen stattgefunden, und gestern ist die Konferenz durch eine Rede des französischen Finanzministers Clementel eröffnet worden, auf die Churchill geantwortet hat mit der Bemerkung, dass das Ziel der Konferenz sein müsse, einen Plan zu finden, auf grund dessen es möglich sei, eine Verteilung der von Deutschland zu er-[2]wartenden Zahlungen vorzunehmen, ohne wieder Konferenzen einzuberufen. Sobald es möglich sei, über diese deutschen Zahlungen zu einer Einigung zu gelangen, würden die Schwierigkeiten leicht zu überwinden sein, die wegen der Regelung der noch grösseren Fragen bestehen.

Nach hiesigen Meldungen besteht die Tagesordnung nur aus zwei Punkten:

1. Die Ausbeute aus der Ruhrbesetzung,
2. Die Annuitäten, die Deutschland unter dem Dawes-Plan zu zahlen hat.

Die Konferenz werde zu entscheiden haben, erstens wieviel Geld überhaupt zu haben sein wird, und zweitens wie es zur Verteilung unter den Alliierten zur Verfügung gestellt werden soll.

Mit Bezug auf die Ausbeute aus der Ruhrbesetzung soll darüber verhandelt werden, wieviel davon auf die Kosten der Besetzung verwendet werden darf.

Was die Annuitäten betrifft, so gibt es gewisse Summen, die davon abgezogen werden müssen, ehe eine generelle Verteilung vorgenommen werden kann. Der Betrag einiger dieser Summen steht fest; über andere ist man noch im Zweifel. z. B. die Höhe der Zinsen auf die deutsche Anleihe steht fest. Zu besprechen seien ferner: die Kosten der Kontrollkommissionen in Deutschland, sowohl derjenigen, die durch den Versailler

Vertrag eingerichtet worden sind, wie derjenigen, die der Dawes-Plan erfordert.¹ Die Kosten, die gegenwärtig verursacht werden, sind bekannt, aber es könne beschlossen werden,[3] sie zu reduzieren. Ferner seien zu besprechen: die Kosten der Besatzungsheere, welche die Britische Regierung gern ermässigt sehen möchte.²

Alle diese Beträge, gleichgültig, welche Höhe sie erreichen, sind von der Milliarde Goldmark abzuziehen, welche Deutschland für das erste Jahr unter dem Dawes-Plan zu bezahlen hat.³ Hernach genießt Belgien eine gewisse Priorität vor den übrigen Alliierten, bis zu einer gewissen Summe, die noch festgestellt werden muss. Erst dann kann sich die Konferenz mit der Frage befassen, wie der Rest der deutschen Zahlungen verteilt werden soll. Die Amerikaner fordern ihren Anteil. Dieser Plan muss diskutiert werden. Der belgische Prozentsatz muss auch erneut geregelt werden; denn sobald Belgien im Genusse seiner Prioritätszahlungen ist, muss es wenigstens einen Teil davon zur Zurückzahlung seiner Kriegsschuld an die Alliierten benutzen. Das bedeutet in der Praxis, dass der belgische Prozentsatz ermässigt werden muss, und Frankreich, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten werden die Differenz einstecken. Ferner werden auch die österreich-ungarischen Successionsstaaten einen grösseren Prozentsatz der deutschen Reparationszahlungen für sich fordern als den, welchen sie bisher erhalten haben.

Auf der Tagesordnung der Konferenz steht die Frage der Interalliierten Schulden nicht...

Vor Beginn der Konferenz hat ein ziemlich scharfer Notenwechsel zwischen der Britischen und der Amerikanischen Regierung stattgefunden, nicht nur über die amerikanischen Besatzungskosten, sondern über gewisse[4] Forderungen amerikanischer Bürger aus den Ergebnissen des Dawes-Planes. Die Britische Regierung hat den Standpunkt vertreten, dass die Amerikanische Regierung legal zu diesen Forderungen nicht berechtigt sei; aber dennoch wird wahrscheinlich die Britische Regierung sich den Ansichten der Französischen, Belgischen und Italienischen Regierungen zu Gunsten der Amerikanischen Regierung anschliessen müssen, angesichts der Tatsache, dass es die Vereinigten Staaten im wesentlichen gewesen sind, die die Durchführung des Dawes-Planes ermöglichten. Mit Absicht scheint die Britische Regierung die Erledigung dieser Frage auf dem Wege eines Notenwechsels hinausgeschoben zu haben, um sie auf der jetzt begonnenen Konferenz mündlich besprechen zu können.

Die hiesige Presse nimmt heute den Standpunkt ein, dass die Konferenz 10=14 Tage dauern wird. Vor wenigen Tagen wurde fast allenthalben erwartet, dass die Verhandlungen einen ausserordentlich hitzigen Verlauf nehmen würden, allerdings wohl mehr in den Privatbesprechungen über die interalliierten Schulden, die, wie bereits erwähnt, nicht auf der Tagesordnung der Konferenz stehen und offiziell nicht besprochen werden dürfen.

Fast die ganze hiesige Presse hat sich bis vor wenigen Tagen sehr intensiv mit den Verhandlungen befasst, die zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten im Gange sind. Die meisten Zeitungen haben den Standpunkt eingenommen, dass die Haltung Frankreichs zu dieser[5]Frage eine hinterhältige sei. Nur "Morning Post" hat ein Jongleur-Spiel ausgeführt, indem diese ultrakonservative und franzosenfreundliche Zeitung nachzuweisen suchte, dass Frankreichs Haltung verständlich sei und es sich, wie ja auch von den Franzosen ausgesprochen, kaum um wirkliche Finanzschulden, sondern in der Hauptsache um politische Schulden handle. In der Januar-Nummer von "Fortnightly Review" ist ein Artikel von "Augur" über Kriegsschulden erschienen, den ich mir erlaube beizulegen, weil er lesenswert erscheint.⁴ Dieser Artikel ist unzweifelhaft von französischer Seite inspiriert und propagiert den Gedanken, die Kriegsschulden zu poolen und dann je nach der finanziellen Potenz der einzelnen Staaten zu verteilen.

Soweit mir bekannt, haben die Amerikaner nicht die Absicht, auf ihre Rechte zu verzichten, sondern ihre Forderungen einzutreiben. Ob sie dabei den Franzosen ein Entgegenkommen zeigen werden, das über dasjenige

1 Die Kosten, von denen hier die Rede ist, betrafen insbesondere die Arbeit der Reparationskommission, den in Berlin mit seinem Stab ansässigen Reparationsagenten sowie den international besetzte Aufsichtsrat der Reichsbank.

2 Insbesondere ging es dabei um die Kosten der Besetzung des Rheinlandes, deren Deckung ein ständiges Politikum zwischen den Alliierten darstellte. *Artaud, Dettes Interalliees.*

3 Es gehörte zu den Regelungen des Dawes-Plans, dass Deutschland in den ersten zwei Jahren eine verringerte Annuität von 1 Mrd. Goldmark zu bezahlen hatte, die dann auf 1,5 Mrd. Goldmark steigen sollte. *Hertz-Eichenrode, Wirtschaftskrise.*

4 Augur, War Debts. Fortnightly Review Januar 1925, S. 25–32. "Augur" war das Pseudonym des russisch-britischen Journalisten Vladimir Poliakov.

hinausgeht, das die Britische Regierung genießt, steht noch dahin. Die Engländer haben jedenfalls den Standpunkt eingenommen, dass, wenn die Franzosen anfangen, ihre Schuld an die Vereinigten Staaten zu bezahlen, sie (die Engländer) auf alle Fälle *pari passu à conto* der französischen Schuld an England Zahlungen erhalten müssen. Im übrigen haben sie aber anscheinend ebenfalls zu verstehen gegeben, dass sie bereit sein würden, auf sämtliche Forderungen an ihre Kriegs-Alliierten zu verzichten, sofern sie von diesen Alliierten bezw. von Deutschland den Betrag erhalten, den sie benötigen,[6] um ihre Schuld an die Vereinigten Staaten zu decken.

Wie so oft bei Nachkriegs-Konferenzen, ist die Tagesordnung der Konferenz nicht so wichtig wie dasjenige, was hinter den Kulissen verhandelt wird. Das Ergebnis dieser Konferenz dürfte neben den finanziellen Fragen sein entweder eine Verbesserung oder eine Verschlechterung der nicht guten Stimmung in Grossbritannien Frankreich gegenüber und eine eventuelle Einflussnahme auf europäische Verhältnisse durch die Vereinigten Staaten.